

Empfehlung der Simulation Europäisches Parlament an die Kommission, den Rat der EU, den Europäischen Rat und die Mitgliedstaaten zur Zukunft des Euro

Die Abgeordneten der Simulation Europäisches Parlament (SIMEP),

- unter Hinweis auf den internationalen Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 9. Dezember 2011,
 - unter Hinweis auf den Bericht „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“ vom 5. Dezember 2012,
 - unter Hinweis auf den Fahrplan des Europäischen Rates zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion vom 14. Dezember 2012,
 - unter Hinweis auf die unter den Bezeichnungen „sechser Paket“ und „zweier Paket“ verabschiedeten Rechtsakte,
 - gestützt auf Artikel 22 der Geschäftsordnung,
 - auf Grundlage des Berichts des federführenden Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) an das Plenum der Simulation Europäisches Parlament vom 9. Dezember 2013,
 - in Kenntnis der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) vom 9. Dezember 2013,
- A. in der Erwägung, dass die Union seit über 60 Jahren ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Wohlstand und Frieden ermöglicht;
- B. in der Erwägung, dass Europa im 21. Jahrhundert nur Einfluss auf die Gestaltung des Miteinanders der Völker der Welt haben wird, wenn es wirtschaftlich stark ist, mit einer Stimme spricht und geeint handelt;
- C. in der Erwägung, dass das derzeitige Ausmaß der Arbeitslosigkeit ein großes Risiko für die Akzeptanz des europäischen Projekts darstellt und insbesondere die enorme Jugendarbeitslosigkeit die Gefahr einer verlorenen europäischen Generation birgt;
- D. in der Erwägung, dass eine Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion als deutliches Signal der Stärke die Märkte beruhigen und helfen wird, die gegenwärtige Krise endgültig zu überwinden;

Zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise

1. fordern, den in den von der Krise betroffenen Staaten eingeschlagenen Weg der Sparpolitik abzumildern und durch marktverträgliche Investitionen nachhaltig und wachstumsfördernd auszugestalten;
2. fordern die Kommission auf, die Reformanstrengungen in den Staaten strikter zu kontrollieren und zu diesem Zweck mit den betroffenen Staaten Verträge zu schließen, die für den Fall der Nichteinhaltung spürbare Sanktionen enthalten, im Fall der Einhaltung aber zusätzliche zweckgebundene Mittel bereitstellen;



Zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

3. halten es für unabdingbar, dem Kommissar für Wirtschaft und Währung und dem Europäischen Parlament das Recht einzuräumen, nationale Haushaltsentwürfe zurückzuweisen, wenn diese die Defizitgrenzen übersteigen oder eine haushaltspolitisch verantwortungsvolle Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht gewährleistet ist;
4. sehen das gegenwärtige Budget der EU als zu gering an und verlangen daher, der EU das Recht einzuräumen, die Beiträge der MS von bisher 1 % auf 2 % des BNE zu erhöhen, um damit ausgeglichene Lebensverhältnisse in der EU zu fördern;
5. fordern die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer als EU-Steuer bei zeitgleicher Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;

Zur Vertiefung der politischen Union

6. fordern, dass – beginnend mit der Wahl im Mai des kommenden Jahres – die Hälfte der Mitglieder des Europäischen Parlaments über europaweite Listen gewählt wird; fordern darüber hinaus den Europäischen Rat auf, den Spitzenkandidaten der europäischen Partei mit dem höchsten Stimmanteil als Präsidenten der Europäischen Kommission vorzuschlagen;
7. sehen eine beschleunigte Integration als notwendig an und fordern daher diejenigen Staaten auf, die sich der Empfehlung der SIMEP anschließen, die darin geforderten Änderungen auch ohne die Zustimmung aller 28 Mitgliedstaaten umzusetzen;

o
o o

8. beauftragen ihren Präsidenten, diese Empfehlung der Kommission, dem Rat der EU, dem Europäischen Rat und den nationalen Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU zu übermitteln.